

Zweiter Anlauf

SCHATTENKASSEN Schaffhausen wird noch zwei Mal über Transparenz abstimmen: Eine neue Volksinitiative geht an den Start.

Mattias Greuter

Die Schaffhauser Bevölkerung will wissen, wer Parteien und Kampagnen finanziert – das ist seit dem Ja zur Transparenzinitiative der Juso vor zwei Jahren klar. Um dieses Anliegen durchzusetzen, haben die linken Parteien eine zweite Volksinitiative gestartet.

«Durchsetzungsinitiative» wäre auch ein möglicher Titel gewesen, erklärte SP-Kantonsrat Matthias Freivogel am letzten Freitag an einer Pressekonferenz. Letztlich wurde das Projekt aber «Umsetzungsinitiative» getauft.

Dass mit einer zweiten Initiative für das gleiche Anliegen nachgedoppelt wird – aus Sicht des Ja-Lagers: nachgedoppelt werden muss – das hat es im Kanton Schaffhausen noch nie gegeben. Was ist passiert?

Nach Annahme der Transparenzinitiative hätten deren sehr konkrete Bestimmungen in die Verfassung aufgenommen und mit einem Gesetz umgesetzt werden müssen. Dass dies aber schwierig werden würde, hatten selbst Transparenzbefürworter im Vorfeld eingeräumt.

Die Regierung schickte einen Entwurf für ein «Transparenzgesetz» in die Vernehmlassung, welcher die Initiative bereits deutlich abgeschwächt hätte – zum Beispiel mit hohen Freibeträgen, bei denen die Herkunft der Gelder nicht hätte offengelegt werden müssen.

Der Entwurf wurde von allen Seiten zerpfückt: Bürgerlichen ging er zu weit, linken zu wenig weit, Gemeinden und Verbände befürchteten hohe bürokratische Aufwände.

Auftritt Christian Heydecker: Der FDP-Kantonsrat verlangte in einer Motion, den ge-



Als «Verrat» geisselte das Komitee die Nicht-Umsetzung der Juso-Initiative.

Peter Pfister

samten Initiativtext aus der Verfassung zu streichen und alles Nähere in einem Gesetz zu regeln, das nicht mehr an die strengen Vorgaben der Initiative gebunden wäre. Zur Empörung des linksgrünen Lagers stimmte der Kantonsrat diesem Ansinnen im vergangenen September zu. Besonders ärgerlich aus linker Sicht: Die Sympathie der Regierung für Heydeckers Weg, die für Matthias Freivogel «mangelndes Demokratieverständnis» offenbarte.

Der Käse ist schon im Schnabel

Als Gegenschlag dient eine neuerliche Volksinitiative, für die seit letztem Freitag auf der Strasse und auf der Plattform *Wecollect* Unterschriften gesammelt werden. Dahinter steht ein Komitee aus Vertreterinnen und Vertretern der SP, der AL, der Juso, der Grünen und der Jungen Grünen sowie Politaktivist Claudio Kuster.

Der neue Text nimmt einige der Umsetzungsschwierigkeiten ernst: Beispielsweise sind Wahl- und Abstimmungskämpfe in Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnerinnen und Einwohnern von der Offenlegungspflicht ausgenommen. Dies ist genau genommen eine Abschwächung der ursprünglichen Juso-Initiative.

Geändert wurden auch die Strafbestimmungen: Anstatt «Geheimniskrämer» zu büssen, sollen neu Spenden an Parteien, welche die Offenlegungspflicht verletzen, nicht von den Steuern abgezogen werden können. «So haben die Spenderinnen und Spender ein Interesse daran, dass sich die Partei an die Regeln hält», erläuterte AL-Kantonsrat Matthias Frick.

Zu guter Letzt enthält die Initiative eine Bestimmung, um die Wartezeit bis zum Entstehen eines dazugehörigen Gesetzes zu überbrücken.

Iren Eichenberger (Grüne) sprach von einem «wasserdicht ausgearbeiteten» Text, um die «gestohlene» Initiative zu sichern: «Den Käse, den wir schon im Schnabel halten, werden wir uns nicht von einem schlaunen Fuchs abschwatzen lassen.»

Der Angesprochene, FDP-Kantonsrat Christian Heydecker, verurteilt das Ansinnen auf Anfrage allerdings als «Nachbesserungs- oder genauer: Verschlimmbesserungsinitiative». Sein Vorschlag, in der Verfassung nur das Allgemeine zu regeln und das Konkrete im Gesetz, erweise sich «als Königsweg».

Zwei Volksabstimmungen

Und nun? Die ursprüngliche Juso-Initiative ist de facto vom Tisch. Bleiben der Vorschlag von Christian Heydecker und die neue «Umsetzungsinitiative» mit sehr präzisen Verfassungsbestimmungen.

Die Stimmbevölkerung wird über beides abstimmen müssen. Zuerst über Heydeckers Formulierung, und später, sofern die nötigen 1000 Unterschriften eingereicht werden, über die neue Initiative. Unter welcher Transparenz-Gesetzgebung die nächsten Gesamterneuerungswahlen stattfinden werden, ist damit völlig offen.

Themenbezogene Interessenbindung des Autors: Mattias Greuter ist ehemaliges Mitglied der AL.